



Minister

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstraße 30
24103 Kiel

Kiel, 19. Mai 2009

Ergebnis der 134. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 12. bis 14. Mai 2009

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat auf der Grundlage der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWT) vorgegebenen gesamtwirtschaftlichen Eckwerte die **Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden** für die Jahre **2009 bis 2013** geschätzt.

1. Grundannahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung

Für **2009** wird im Vergleich zu den Annahmen der letzten Steuerschätzung (+ 0,2 v.H.) ein drastischer Rückgang des **realen Bruttoinlandsprodukts (BIP)** um **- 6,0 v.H.** erwartet.

Für das Jahr **2010** wird mit einer leichten Erholung um **0,5 v.H.** (letzte Schätzung + 1,5 v.H.) gerechnet.

Für den Projektionszeitraum **2011 bis 2013** wird dann von einem Anstieg des durchschnittlichen Zuwachses um **1,9 v.H.** jährlich ausgegangen.

Grundlage dieser Erwartungen sind insbesondere folgende gesamtwirtschaftliche Annahmen des BMWT:

Weltkonjunktur und internationales Umfeld

Die weltwirtschaftliche Dynamik ist im Jahr 2009 deutlich abwärts gerichtet, für 2010 wird mit einer leichten, ab 2011 mit einer deutlichen Erholung gerechnet.

Das *Welt-BIP* wird nach Einschätzung internationaler Organisationen im Jahr 2009 um real rd. 1,5 v.H. abnehmen. Im Jahr 2010 soll die weltwirtschaftliche Aktivität wieder leicht um etwa 1,5 v.H. ansteigen, ab 2011 dann jährlich um 3 bis 3,5 v.H.

Der *Welthandel* wird im Jahr 2009 mit etwa 11 v.H. außerordentlich kräftig sinken und im Jahr 2010 um + 0,5 v.H. leicht zunehmen. Ab 2011 werden Jahreszuwachsrate von 6 v.H. erwartet.

Binnenwirtschaft

Die binnenwirtschaftliche Entwicklung des laufenden Jahres wird durch den o.g. massiven weltwirtschaftlichen Einbruch geprägt. Rund drei Viertel des Wachstumsrückgangs (- 4,6 v.H.) entfallen auf den stark negativen *Außenhandelseinfluss*. Nach dem kräftigen Einbruch zum Jahresbeginn wird im weiteren Verlauf wieder eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau (+ 0,2 v.H.) erwartet.

Die *Inlandsnachfrage* geht infolge der importierten Rezession in diesem Jahr ebenfalls deutlich zurück. Im kommenden Jahr wirkt sie dagegen stabilisierend.

Der *private Konsum* erfüllt in beiden Jahren eine stabilisierende Funktion.

Die *Ausrüstungsinvestitionen* sind durch eine überaus kräftige zyklisch bedingte Abwärtsentwicklung gekennzeichnet, die bis in das kommende Jahr hinein anhält.

Die Entwicklung im Wohnungsbau und dem gewerblichen Bau wirkt dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität. Angesichts der kräftigen Ausweitung der staatlichen Investitionen wirken die staatlichen Bauinvestitionen im Prognosezeitraum stützend.

Die *Verbraucherpreise* werden im Jahre 2009 mit 0,3 v.H. nur noch sehr gering zunehmen. Hier wirken die rückläufigen Energiepreise dämpfend auf den Preisauftrieb. Im weiteren Jahresverlauf kann es auch zu negativen Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr kommen.

Diese negativen Raten sind den starken Preisniveauzuwächsen zur Jahresmitte 2008 geschuldet. Im kommenden Jahr dürfte sich der Preisniveauzuwachs auf + 0,7 v.H. etwas erhöhen.

Auf dem *Arbeitsmarkt* wird erwartet, dass die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2009 um 450 000 Personen von 3,27 Mio. auf 3,72 Mio. Personen (Jahresende 2009 ca. 4,1 Mio. Personen) zunimmt. Im Jahresdurchschnitt 2010 soll die registrierte Arbeitslosigkeit um rund 900 000 Personen auf 4,62 Mio. zunehmen. Die Erwerbstätigkeit wird im Jahresdurchschnitt 2009 voraussichtlich um gut 520 000 Personen abnehmen (- 1,3 v.H.) und im kommenden Jahr nochmals um 990 000 Personen (- 2,5 v.H.).

Diese Projektion liegt nach Einschätzung des BMWT für 2009 im unteren Bereich des Prognosespektrums der Wirtschaftsforschungsinstitute. Für die Jahre 2010 ff. sind die Erwartungen etwas über den mittleren Erwartungen der anderen Prognosen.

Ein wesentliches Risiko liegt dabei in der weiteren Entwicklung der Finanzmarktkrise. Käme es zu einer deutlichen Verschärfung der Lage im Bankenbereich, könnte sich auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ungünstiger darstellen.

Eine Chance für eine günstigere Entwicklung besteht in der Wirkung der internationalen staatlichen Maßnahmen für Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung. Diese Maßnahmen könnten sich gegenseitig positiv verstärken und die Volkswirtschaften schneller aus der Krise herausführen als bisher angenommen.

Eine Zusammenfassung ausgewählter gesamtwirtschaftlicher Eckwerte ist in der ANLAGE 1 enthalten.

2. Schätzergebnis

Für die Jahre 2009 bis 2013 wurden die finanziellen Auswirkungen der nachstehenden Gesetze einbezogen:

- *Gesetz zur Schaffung einer Nachfolgeregelung und Änderung des Investitionszulagengesetzes 2007*
- *Jahressteuergesetz 2009*
- *Gesetz zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Steuerverfahrens (Steuerbürokratieabbaugesetz)*
- *Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakts „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (sog. Konjunkturpaket I)*
- *Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen (Familienleistungsgesetz)*
- *Gesetz zur Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts (Erbschaftsteuerreformgesetz)*
- *Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (sog. Konjunkturpaket II)*
- *Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung (Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz)*
- *Drittes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft (Drittes Mittelstandsentlastungsgesetz)*
- *Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze*
- *Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108)*

- Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung) (mit Stand Regierungsentwurf)
- Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale
- Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz)
- Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen (mit Stand Bundestagbeschluss)
- Gesetz zur Änderung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes („Bildungssparen“)

Für die Jahre 2010 bis 2013 wurden zusätzlich berücksichtigt:

- Finanzielle Auswirkungen des EuGH-Urteils „Meilicke“
- Eigenheimrentengesetz
- Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes

2.1 Schätzergebnis bundesweit

Auf dieser Grundlage verteilen sich **Steuereinnahmen** (einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) im Einzelnen auf Bund, Länder, Gemeinden und EU wie folgt (Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen):

	Ist 2008	Schätzung Mai 2009				
		2009	2010	2011	2012	2013
- in Mrd. Euro						
Bund	239,2	225,5	214,7	222,6	232,0	241,3
Länder	221,9	209,0	201,5	206,7	216,5	225,0
Gemeinden	77,0	70,3	67,6	70,5	75,1	80,0
EU	23,1	22,3	26,6	26,9	28,4	28,9
Gesamt	561,2	527,0	510,4	526,7	552,0	575,1
Änderung in v.H.	4,3	- 5,3	1,2	3,3	3,3	3,3

Im **Vergleich** zu den **letzten Steuerschätzungen** vom November 2008 (für 2009) und Mai 2008 (für die Jahre 2010 bis 2012) ergeben sich folgende Veränderungen:

	2009	2010	2011	2012
	- Mrd. Euro -			
Bund	- 21,5	- 41,1	- 44,7	- 45,2
Länder	- 16,5	- 33,4	- 37,7	- 37,4
Gemeinden	- 7,6	- 10,7	- 12,1	- 12,2
EU	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,6
Gesamt	- 45,0	- 84,7	- 93,4	- 93,2

2.2 Regionalisiertes Schätzergebnis für Schleswig-Holstein

2.2.1 Landeshaushalt

Nach der Regionalisierung des Schätzergebnisses der Länder werden für den **Landeshaushalt** folgende Einnahmen aus dem Steueraufkommen, dem Länderfinanzausgleich (LFA), den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) sowie den Kfz-Steuerersatzleistungen des Bundes für die Jahre 2009 bis 2013 erwartet:

	Einnahmen Gesamt	Änderung ggü. Vorjahr	
	- Mio. Euro -	- in v.H. -	
Ist 2008	6.752		
2009	6.321	- 431	- 6,4
2010	6.092	- 229	- 3,6
2011	6.285	+ 193	+ 3,2
2012	6.634	+ 349	+ 5,6
2013	6.937	+ 303	+ 4,6

Im Einzelnen ergeben sich gegenüber den im **Haushaltsplan 2009/2010** bzw. in der **Mittelfristigen Finanzplanung 2011/2012** auf der Grundlage der Steuerschätzungen vom Mai und November 2008 vorgesehenen Beträge folgende Änderungen (Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen):

2009			
	Schätzung Mai 2009	Haushalt 2009	Veränderung
	- Mio. Euro -		
Steuern	5.893	6.531	- 638
LFA	139	182	- 43
BEZ	128	152	- 24
Kfz-Steuerersatz	162	0	+162
Zwischensumme	6.321	6.864	- 543
Globale Steuermin- dereinnahme	0	- 56	+ 56
Summe	6.321	6.808	- 487

2010			
	Schätzung Mai 2009	Haushalt 2010	Veränderung
- Mio. Euro -			
Steuern	5.546	6.847	- 1.301
LFA	114	141	- 27
BEZ	114	128	- 15
Kfz-Steuerersatz	319	0	+ 319
Zwischensumme	6.092	7.116	- 1.023
Globale Steuermin- dereinnahme	0	- 70	+ 70
Summe	6.092	7.046	- 953

2011			
	Schätzung Mai 2009	MFP 2011	Veränderung
- Mio. Euro -			
Steuern	5.722	7.032	- 1.311
LFA	125	151	- 26
BEZ	120	134	- 14
Kfz-Steuerersatz	319	0	+ 319
Zwischensumme	6.285	7.317	- 1.032
Globale Steuermin- dereinnahme	0	- 50	+ 50
Summe	6.285	7.267	- 982

2012			
	Schätzung Mai 2009	MFP 2012	Veränderung
- Mio. Euro -			
Steuern	6.041	7.244	- 1.202
LFA	143	163	- 19
BEZ	131	141	- 10
Kfz-Steuerersatz	319	0	+ 319
Zwischensumme	6.634	7.547	- 913
Globale Steuermin- dereinnahme	0	- 75	+ 75
Summe	6.634	7.472	- 838

2013			
	Schätzung Mai 2009	<i>interne Steuer- fortschreibung FM 2013</i>	Veränderung
	- Mio. Euro -		
Steuern	6.319	7.425	- 1.106
LFA	159	167	- 7
BEZ	140	144	- 5
Kfz-Steuerersatz	319	0	+ 319
Zwischensumme	6.937	7.736	- 799
Globale Steuermin- dereinnahme	0	- 100	+ 100
Summe	6.937	7.636	- 699

Insgesamt ergeben sich damit aus der Steuerschätzung für den gesamten Zeitraum von 2009 bis 2013 **Mindereinnahmen** in Höhe von rund **4 Mrd. Euro** gegenüber den bisherigen Erwartungen.

2.2.2 Kommunen

Nach den regionalisierten Ergebnissen vermindern sich auch die Einnahmen der schleswig-holsteinischen **Kommunen** in den Jahren **2009 bis 2012** deutlich.

Bei den **eigenen Steuereinnahmen** der Kommunen wird gegenüber den bisherigen Schätzerwartungen mit einem **Rückgang** von insgesamt rund **1,2 Mrd. Euro** gerechnet.

Außerdem werden die Kommunen über den **Kommunalen Finanzausgleich (KFA)** mit 17,74 v.H. an den o.g. Steuereinnahmen des Landes - soweit KFA-relevant - sowie den Einnahmen aus dem LFA, den BEZ und den Kfz-Steuerersatzleistungen beteiligt. Dabei entstehen im Vergleich zu den bisher erwarteten Beträgen **Mindereinnahmen** in Höhe von insgesamt **0,6 Mrd. Euro**.

Im Einzelnen wird hierzu auf die ANLAGE 2 verwiesen.

3. Haushaltssperre gemäß § 41 LHO

Vor dem Hintergrund der erheblichen Einnahmeausfälle für den Landeshaushalt habe ich eine **Haushaltssperre gemäß § 41 LHO** erlassen (vgl. ANLAGE 3).

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Rainer Wiegard

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2009 bis 2013*- Zuwachsraten ggü. Vorjahr in v.H. -*

	2009		2010		Projektion 2011 – 2013 ³
	Mai 2009	November 2008	Mai 2009	Mai 2008 ²⁾	Mai 2009
Bruttoinlandsprodukt (BIP)					
- nominal	-5,3	2,0	1,2	3,1	3,3
- Deflator des BIP (Preisrate)	-0,8	-1,8	-0,7	-1,6	-1,4
- real (preisbereinigt)	<u>-6,0</u>	0,2	<u>0,5</u>	1,5	<u>1,9</u>
Konsumausgaben					
- Private Haushalte ¹⁾	0,4	2,3	0,6	3,0	2,4
- Staat ¹⁾	4,6	4,1	3,0	2,2,	2,0
Bruttoanlageinvestitionen¹⁾	-9,0	-0,7	0,0	4,4	6,1
Inlandsnachfrage¹⁾	-1,0	2,1	1,0	3,1	3,0
Bruttolöhne und -gehälter	-0,4	2,7	-1,8	2,5	2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-18,3	1,2	9,1	4,5	5,4

Hinweise:

- 1) Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen
2) Wert für den Projektionszeitraum 2009-2012 aus der Mai-Schätzung 2008
3) Wert für den aktuellen Projektionszeitraum 2010-2013

Quelle: BMWT vom 29.04.2009

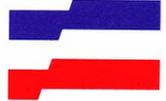
ANLAGE 2

Auswirkung der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2009 auf die Einnahmen der Kommunen - in Mio. Euro -

	2008		2009			2010			2011			2012			2013		
	Ist		Mai 09	Nov 08	+ / -	Mai 09	Mai 08	+ / -	Mai 09	Mai 08	+ / -	Mai 09	Mai 08	+ / -	Mai 09	Mai 08	+ / -
Grundsteuer A	20		20	0		20	19	1	20	19	1	20	19	1	20	19	1
Grundsteuer B	318		336	324	12	343	327	16	349	334	15	356	341	15	363	341	15
Gewerbesteuer	1.052		880	1.009	-129	873	1.016	-143	921	1.076	-155	998	1.154	-156	1.090	1.154	-156
Gemeindeanteil an der LSt und ESt	837		770	872	-102	693	904	-211	727	965	-238	782	1.023	-241	826	1.023	-241
Gemeindeanteil am Zinsabschlag	51		44	44	0	40	45	-5	40	47	-7	42	48	-6	44	48	-6
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	88		89	91	-2	90	93	-3	92	96	-4	94	98	-4	97	98	-4
Gewerbesteuerumlage (100%)	-96		-82	-98	16	-89	-105	16	-94	-111	17	-102	-119	17	-111	-119	17
erhöhte Gewerbesteuerumlage	-111		-86	-106	20	-88	-104	16	-93	-107	14	-101	-115	14	-108	-115	14
Steuereinnahmen Kommunen	2.159		1.971	2.156	-185	1.882	2.195	-313	1.962	2.319	-357	2.089	2.449	-360	2.221	2.449	-360
Veränderung ggü. Vorjahr																	
- in Mio. Euro			-188			-89			80			127			132		
- in v.H.			-8,7			-4,5			4,3			6,5			6,3		
Kommunaler Finanzausgleich	1.133		1.097	1.188	-91	989	1.167	-178	1.013	1.192	-179	1.072	1.230	-158	1.122	1.230	-158
Veränderung ggü. Vorjahr																	
- in Mio. Euro			-36			-108			24			59			50		
- in v.H.			-3,2			-9,8			2,4			5,8			4,7		
Gesamteinnahmen	3.292		3.068	3.344	-276	2.871	3.362	-491	2.975	3.511	-536	3.161	3.679	-518	3.343	3.679	-518
Veränderung ggü. Vorjahr																	
- in Mio. Euro			-224			-197			104			186			182		
- in v.H.			-6,8			-6,4			3,6			6,3			5,8		

ANLAGE 3

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Minister

Präsident
des Schleswig-Holsteinischen
Landtages

Präsident
des Landesrechnungshofes

Ministerpräsident
des Landes Schleswig-Holstein
- Staatskanzlei -

Ministerium für Justiz,
Arbeit und Europa
des Landes Schleswig-Holstein

Ministerium für Bildung und Frauen
des Landes Schleswig-Holstein

Innenministerium
des Landes Schleswig-Holstein

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume
des Landes Schleswig-Holstein

Ministerium für Wissenschaft,
Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein

Ministerium für Soziales, Gesundheit,
Familie, Jugend und Senioren
des Landes Schleswig-Holstein

Kiel

Abteilung VI 1 - im Hause -

Kiel, 19. Mai 2009

Haushaltssperre gemäß § 41 LHO

Im Haushaltsvollzug 2009 zeichnet sich z. Z. eine außergewöhnlich hohe Deckungslücke ab, die durch einen Nachtragshaushalt geschlossen werden soll.

Als Beitrag zum Ausgleich dieser Belastungen wird gem. § 41 LHO eine haushaltswirtschaftliche Sperre erlassen.

Das Finanzministerium trifft hierzu folgende Regelungen:

1. Mit sofortiger Wirkung (19. Mai 2009) dürfen bei allen nicht gebundenen Ausgabeansätzen der Hauptgruppen 5 und 6 mit den ARV-Schlüsseln 1, 3, 7, 9, 11 und 12 keine Bindungen eingegangen bzw. Ausgaben geleistet werden. Ausgenommen hiervon sind die Einzelpläne 01 und 02, die Kapitel 0711 bis 0716, das Kapitel 1116 sowie die Gruppierungen 517, 518 und 526.

Mit Einwilligung des Finanzministeriums sind Ausnahmen von der Sperre gegen Deckung zulässig.

Der Landtag und der Landesrechnungshof werden gebeten, ebenfalls mit Einsparungen zur Entlastung des Haushaltsvollzuges 2009 beizutragen.

2. Verpflichtungsermächtigungen für konsumtive Ausgaben werden bis zur Aufhebung der Sperre nicht mehr freigegeben. Ausgenommen sind Verpflichtungsermächtigungen bei durchlaufenden Bundesmitteln, Ausgaben auf Grund zweckgebundener Einnahmen sowie Ausgaben im Bereich des Hochbaus.

Mit Einwilligung des Finanzministeriums sind weitere Ausnahmen gegen Deckung zulässig.

gez. Rainer Wiegard